



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/91 - 19.4.1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 210 31-33
Fernschreiber 089 890

Vor Würzburg	S. 1
Die Zwangsarbeit im Ostblock	S. 3
Klarstellung des Abgeordneten Ritzel zum Autokauf Minister Krafts	S. 5
Zum Ringen um die Wehrkonzeption	S. 7
Die Stimme der Opposition in Nordrhein-Westfalen	S. 8

Adenauers Saat geht auf

sp. Als Feldherr einer schon gewonnenen Schlacht wird Dr. Thomas Dehler auf dem Parteitag der Freien Demokraten in Würzburg einziehen, als neu bestätigter Vorsitzender ihn verlassen. Die Truppenverbände, um im militärischen Bild zu bleiben, haben ihm die Treue gehalten, es gibt nicht einen einzigen Landesverband, der mit den Abtrünnigen aus der FDP-Bundestagsfraktion aus der Reihe getanzt ist. An Verlockungen und Drohungen hat es nicht gefehlt, auch nicht an Diffamierungen.

In einer als Sonderdruck veröffentlichten Erklärung umriss der adenauerhörige Ministerflügel der FDP, genannt "Demokratische Arbeitsgemeinschaft", seinen politischen Standort. Er macht sich völlig die Kanzlerthesen zu eigen. So heisst es, der Dehlerkurs habe die sowjetische Gewaltherrschaft in ihrer Erwartung gestärkt, durch Verschärfung der nationalistischen Gegensätze die Vereinigung der noch freien Völker aufzuhalten und "am Ende ein isoliertes Deutschland dem totalitären Herrschaftsbereich des Sowjetsystems einzuverleiben." Dieser unqualifizierte, vom Geist eines McCarthy getragene Angriff auf die Grundhaltung der Mutterpartei dürfte wohl endgültig jede Illusion auf einen Brückenschlag zwischen den nun verfeindeten Gruppen zerstören. Damit haben sich die Dissidenten ihren Platz in der politischen Wüste gesichert, ihre

Rolle als verlängerter Arm der Kanzlerpartei in der FDP ist ausgespielt.

Die Zusammenarbeit der FDP mit der CDU/CSU in der Koalition bewährte sich, solange es nicht um nationale Schicksalsfragen ging; an der Frage der Wiedervereinigung der Saar mit der Bundesrepublik schied sich erstmalig die Geister. Alles, was nachher folgte, trug schon den Stempel des weiteren Zerfalls. Die Unfruchtbarkeit der Adenauerschen Aussenpolitik, die immer unverhüllter auftretenden Machtgelüste der Mehrheitspartei, die, auf ihren einmaligen Erfolg am 6. September 1953 pochend, den zweitstärksten Koalitionspartner in die unwürdige Rolle eines Satelliten drängte, förderten den Prozess der Entfremdung. Der Kanzler hat erreicht, was kein politischer Betrachter vor zweieinhalb Jahren vorauszusagen wagte: Die Bildung eines "geschlossenen Blocks von über 200 oppositionellen Abgeordneten der Sozialdemokraten, der Freien Demokraten und des GE/BHE", wie es ein offizielles Organ der FDP selbst formuliert hat. Das ist im Grunde das Werk Adenauers selbst. Die neue Frontenbildung im Bundestag entspringt den Veränderungen in der Wählerschicht. Seit 1953 hat die CDU in allen Wahlgängen rund dreieinhalb Millionen Stimmen verloren, ihr Monopol ist gebrochen, der Wind schlägt ihr diesmal ins Gesicht.

Spät, aber nicht zu spät, fand die FDP den Mut und die Entschlossenheit zur Selbstbesinnung. Sie will nicht weiterhin ihr Schicksal an das Schicksal eines bisherigen Partners binden, der, wie es immer deutlicher wird, in den grossen entscheidenden Fragen unseres Volkes auf der Stelle tritt und der immer noch nicht zur Kenntnis nehmen will, dass die Aera des Alten von Rhöndorf zu Ende geht. Die FDP als Partei zwischen den grossen Blöcken will sich ihren Platz für die Zukunft sichern, mit dem Blick zunächst auf die Bundestagswahlen 1957. Mit dem Zerfall der Koalition kündigte sich eine Wende in der deutschen Politik an. Neue Strömungen drängen nach vorn. Würzburg wird ohne Zweifel eine wichtige Station in diesem Klärungsprozess sein.

* * *

*

Jugoslawien gab ein Beispiel

Von unserem Genfer Mitarbeiter

In einem Augenblick, da die osteuropäischen Staaten im Zuge der posthumen Entthronung Stalins ihre früheren Schauprozesse revidieren, diese als Justizskandale, deren Anklagen und Geständnisse als Fälschungen und deren Urteile als Verbrechen entlarven - in einem solchen Augenblick wäre die Situation denkbar günstig, um die Justiz in den Oststaaten als solche einer Generalrevision zu unterziehen, zu entpolitisieren und einem rechtsstaatlichen Denken anzunähern. Jugoslawien hat gezeigt, dass auch ein kommunistischer Staat sich den westlichen Vorstellungen eines Rechtsstaates weitgehend annähern kann - womit nicht gesagt sein soll, dass innerhalb der westlichen Justiz ideale Zustände herrschen -, und wenn Moskau und die von ihm abhängigen Staaten sich auch auf diesem Gebiete Belgrad annähern würden, wäre wenigstens im Bereiche des Menschlichen ein Fortschritt zu verzeichnen.

Wie viel es da noch zu tun gäbe, das beweist ein Bericht über das Ausmass der Zwangsarbeit in der Welt, den die Internationale Arbeitsorganisation in Genf vor kurzem veröffentlicht hat. Dieser Bericht, der in erster Linie die Staaten des Ostblocks berücksichtigt, ist von einer Dreierkommission ausgearbeitet worden, die der bekannte Schweizer Diplomat und frühere Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz Minister Paul Rüeegg, präsidierte. Die beiden anderen Mitglieder waren der ehemalige uruguayische Aussenminister C. Charlone und der ceylonische Jurist T.P.F. Goonetilleke. Der Bericht basiert auf UN-Material, auf den Gesetzen der untersuchten Staaten sowie auf Aussagen von Zeugen, die selbst in Zwangsarbeitslagern gelebt haben. Ausserdem haben der Internationale Bund freier Gewerkschaften und die Internationale Liga für Menschenrechte Material beigesteuert.

Selbstverständlich vernag dieser Bericht nicht allzuviel Neues oder gar Sensationelles zu bringen, doch liegt seine Bedeutung darin, dass es sich hier um ein gewissermassen offizielles Dokument einer internationalen Organisation handelt, das nicht so leicht dementiert werden kann wie ein Zeitungsartikel. Der Bericht ist dann auch den Regierungen der untersuchten Staaten zugestellt worden, doch haben nur einige von ihnen Stellung genommen. Teilweise haben sie dabei gewisse Feststellungen des Berichtes als Lügen bezeichnet, doch haben sie zu

anderen überhaupt nicht Stellung genommen, und man gewinnt den Eindruck, dass dem Bericht eher zu vertrauen ist als den Erklärungen der Regierungen.

Wie Soldaten behandelt

Tatsächlich muss den Oststaaten die Verteidigung schwer fallen, denn sie haben die Zwangsarbeit - wenn auch oft unter harmloseren Namen - legalisiert. Es gibt zahlreiche Gesetze und Verordnungen, mit deren Hilfe man ohne weiteres Arbeiter zwangsverschicken oder für geringfügige "Vergehen" wie etwa die Weigerung, Überstunden zu leisten, in Zwangsarbeitslager stecken kann. Bezeichnend ist z.B., dass die Arbeiter in Ungarn genau wie Soldaten eine Art Qualifikationsbüchlein erhalten, in das die Arbeitgeber Bemerkungen über die politische Haltung des Arbeiters eintragen. Auch über etwaige Strafen wird da Buch geführt, und wer kein solches Büchlein vorweist, der findet keinen normalen Arbeitsplatz.

Über die Verhältnisse in diesen Zwangsarbeitslagern ist man durch die Presse schon genügend informiert, und so schlimm sie immer noch sind, so muss man doch mit Genugtuung feststellen, dass der Bericht zu dem Schlusse kommt, diese hätten sich in den letzten Jahren etwas gebessert. Dies gilt vor allem für die Sowjetunion seit den Jahre 1952; es ist zu hoffen, dass sich seit Chruschtschows Rede gegen Stalin die Dinge auf dem Gebiete der Zwangsarbeit weiter bessern werden. Es dürfte für den Ostblock peinlich genug sein, dass im Juni auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf der Bericht der Arbeitsorganisationen über die Zwangsarbeit öffentlich diskutiert werden wird.

* * *

Etatrecht des Bundestages verletzt

von H.G. Ritzel, M. d. B.

Die deutsche Presse hat in der letzten Zeit von einem Vorfall Kenntnis gegeben, der sich am 12. April 1956 im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages ereignete. Es handelt sich um eine von sozialdemokratischen Abgeordneten kritisierte Überschreitung der Zuständigkeit des Bundesministers für besondere Aufgaben, Kraft. Da der Bundesminister Kraft durch seine der Öffentlichkeit übergebene Darstellung einen falschen Eindruck zu erwecken versucht, nehme ich Veranlassung, als der

während des Vorfalls den stellvertretenden Vorsitz im Haushaltsausschuss ausübende Abgeordnete anhand des Protokolls des Haushaltsausschusses den Sachverhalt klarzustellen.

Der Abgeordnete Ohlig (SPD) kritisierte, dass ohne vorherige Zustimmung des Parlaments und des Bundesministers für Finanzen von dem Bundesminister Kraft ein BMW-Wagen erworben worden sei. Bundesminister Kraft gab zu, dass der BMW-Wagen gekauft worden sei. Der bisher benutzte Wagen sei plötzlich gebrauchsunfähig geworden, er habe eine Leistung von etwa 115 000 km hinter sich gehabt. In diesem Augenblick habe ein Gutachten des Bundesministers der Finanzen noch nicht vorgelegen. Bundesminister Kraft vertrat die Auffassung, dass die Anschaffung des BMW vom Bundesfinanzminister grundsätzlich bewilligt worden sei.

Wenn der Bundesfinanzminister dann erklärt habe, dass seine Zustimmung nicht vorgelegen habe, müsse das hingenommen werden.

Als Stellvertreter des Vorsitzenden habe ich sofort erklärt, dass der Haushaltsausschuss nicht bereit sei, hinzunehmen, dass ein Bundesminister unter Missachtung der Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung und des Etatrechts des Deutschen Bundestages von sich aus in eigener Machtbefugnis auf Kosten der öffentlichen Finanzen einen Wagen kaufe. Ich habe dann beantragt, dass der Bundesfinanzminister aufgefordert wird, das erstattete Gutachten der zuständigen Abteilung seines Ministeriums im Haushaltsausschuss vorzulegen, damit geprüft werden kann, ob ein Ersatz für den von dem Bundesminister Kraft als "zusammengebrochen" bezeichneten Mercedes-Benz 220 überhaupt berechtigt gewesen sei. Das Verhalten des Bundesminister Kraft stelle eine Verletzung des Etatrechts dar und sei vom Haushaltsausschuss zu missbilligen.

Der CDU-Abgeordnete Vogel kritisierte, dass ein verantwortlicher Beamter eine Kaufanweisung vor der Stellungnahme des Bundesministers der Finanzen unterschrieben habe. Der Abgeordnete Heiland (SPD) brachte zum Ausdruck, dass die Auffassung des Ministers eine Nichtachtung dem Parlament gegenüber zeige. Der Bundesminister Kraft erklärte dann laut Protokoll, mehrere Bundesminister würden Wagen des gleichen Typs, andere sogar noch teurere Wagen als den hier in Rede stehenden fahren. Er glaube nicht, den Rahmen überschritten zu haben. In einer früheren Sitzung des Haushaltsausschusses habe ich absolute Sparsamkeit auf diesem Gebiet und die Verwendung billigerer Wagen verlangt.

In dieser Sitzung erinnerte der Abgeordnete Friese (CDU) an - 6 -

diese Tatsache und daran, dass den Ressorts empfohlen worden sei, Diesel Fahrzeuge im Interesse der Ersparnis der Betriebskosten anzuschaffen. Der Vertreter des Bundesfinanzministers erklärte, dass das Bundesministerium der Finanzen keine Möglichkeit sehe, nachträglich seine Genehmigung auszusprechen. Der Ausschuss beschloss bei einer Stimmenthaltung, einen Sperrvermerk anzubringen und vom Bundesministerium der Finanzen die Vorlage der bei diesen Erörterungen geforderten Unterlagen zu verlangen.

* * *

Die Kaugummi-Boys (Glosse)

Km. In einer mitteldeutschen Stadt, die wegen ihrer Metallindustrie einen Namen hatte, (und hoch heute hat), wurde kürzlich das "Jugendforum" abgehalten. Es kam zu den üblichen Diskussionen über Probleme der Tagespolitik - Parteitag in Ostberlin, Fünfjahresplan, Personenkult und so weiter

In der ersten Reihe der Versammlung saßen fünf jugendliche Metallarbeiter, alle aus demselben Betrieb. Alle fünf saßen mittiefensten, etwas gelangweilten Gesichtern da und kauten mit impertinenter Gleichmässigkeit vor sich hin.

Der SED-Mann am Vorstandstisch hatte sich das den ganzen Abend mit angesehen, aber nun platzte ihm der Kragen:

"Wenn ich sehe", nahm er das Wort, "wie hier in der ersten Reihe fünf solche Kaugummi-Boys sitzen, dann muss ich mich und euch alle fragen, ob das hier wohl der Platz für Leute dieser Art ist. Ich stelle daher den Antrag, dass Leute, die so ostentativ bekunden, auf welcher Seite sie stehen, dahin gebracht werden, wo sie hingehören - nämlich an die frische Luft!"

Einer der fünf hatte sich inzwischen erhoben und verlangte das Wort.

"Wenn hier so schwerwiegende Vorwürfe gegen uns erhoben werden", rief er in den Saal, "dann haben wir wohl das Recht, uns zu verteidigen. Woher weiss der Herr Vorredner eigentlich, dass wir Kaugummi kauen..."

Der Sprecher hörte zu sprechen auf und machte den Mund auf, soweit er konnte, und er konnte ziemlich weit.

Der Hinauswurf kam nicht zustande, da die Voraussetzung fehlte - nämlich der Kaugummi.

* * *

Eine unbequeme Denkschrift im Hintergrund

sp. Mit äusserster Hartnäckigkeit will die Bundesregierung dem deutschen Volk einhämmern, dass wir gegenüber der NATO verpflichtet seien, Streitkräfte in Höhe von 500 000 Mann als stehende Verbände auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht aufzustellen.

Es ist in den letzten Tagen von verschiedenen Seiten nachdrücklich nachgewiesen worden, dass diese Behauptung unrichtig ist, was selbstverständlich auch die Regierung weiss. Darüber hinaus legt Artikel 1, Abs. 2 des Protokolls Nr. II über die Streitkräfte der Westeuropäischen Union ausdrücklich auch die Organisationsfreiheit bezüglich des Wehrsystems fest. Dort heisst es:

"Die Anzahl der in Absatz 1 genannten Verbände kann, soweit erforderlich, den Bedürfnissen von NATO entsprechend auf den neuesten Stand gebracht und angepasst werden, vorausgesetzt, dass eine gleichwertige Kampfkraft erreicht und die Gesamtstärke nicht überschritten wird."

Das bedeutet: es ist der Bundesregierung überlassen, ein Berufsheer aufzustellen oder ein stehendes Heer auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht, sofern diese Verbände nicht stärker als 500 000 Mann sind.

Das starre Beharren auf 500 000 Mann als stehende Verbände auf Grund allgemeiner Wehrpflicht hat daher tiefere Gründe.

Es besteht eine, von einem hervorragenden Soldaten abgefasste Denkschrift aus dem Jahre 1954, die nicht mit der Denkschrift des Herrn von Bonin identisch ist. Diese Denkschrift beinhaltet in der Tat eine völlig andere Verteidigungskonzeption, als sie dem Verteidigungsminister vorschwebt. Es sei nur angedeutet, dass sie in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen den Schutz der Zivilbevölkerung stellt und der besonderen Lage der Bundesrepublik als Anrainer an die Sowjetzone Rechnung trägt. Davon aber war in der bisherigen, vom Bundeskanzler bestimmten Richtlinien auch der Verteidigungspolitik nichts zu spüren, ausser jenem Hinweis, dass die Bundesrepublik durch ihren Eintritt in die NATO kein Schlachtfeld werden könne. Wenn man sich allerdings diesen Standpunkt zu eigen macht, kommt es auf die Brauchbarkeit eines Wehrsystems nicht mehr an.

Man kann sich daher des Eindrucks nicht erwehren, dass es der Bundesregierung lediglich darauf ankommt, die Auseinandersetzung um ihre Wehrkonzeption dadurch zu umgehen, dass sie sich auf angebliche vertragliche Bindungen bezüglich Höhe der Streitkräfte und Art des Wehrsystems zurückzieht, um jeden, der die militärische Zweckmässigkeit ihrer Verteidigungspläne anzweifelt, von vornherein als vertragsuntreu abzustempeln.

* * *

Arnold und Schütz auf dem Kriegspfad

sp. Karl Arnold, der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, ist von der Stellung eines Landesregierungschefs in die eines Führers der Opposition hindbergewechselt. Diese Standortänderung bedingt natürlich in manchen Einzelfragen eine neue Sicht. Das ist klar. Aber sie sollte doch nicht dazu führen, dass ein Mann sich dabei von sich selbst soweit entfernt, wie dies Arnold in Essen auf einer Kundgebung der CDU tat.

Wenn er zum Beispiel der FDP "Wortbruch" vorwarf, weil sie nach mehrjähriger Erfahrung es für notwendig hielt, das legitime Mittel eines Koalitionswechsels anzuwenden, wenn er entgegen eigenen früheren Äusserungen gegen den Missbrauch des Begriffs "christlich" zu parteipolitischen Zwecken die CDU mit dem "christlichen Teil der Bevölkerung" schlechthin gleichsetzte oder wenn er den Eindruck zu erwecken versuchte, als bedeute die Verbindung von SPD und FDP eine Schwächung der inneren Front gegen den Kommunismus, dann kommt eine solche Polemik in die bedenkliche Nähe jener politischen Demagogie, gegen die er sich früher so oft gewandt hat. Hier wird auch die politische Unzuverlässigkeit eines Mannes sichtbar, der nach aussen hin oft genug betonte, wie grossen Wert er auf ein gutes Verhältnis auch zu anderen politischen Kräften lege, soweit sie demokratisch zuverlässig sind, und der dann doch immer wieder ganz anders gehandelt hat, als seine Versicherung hätte erwarten lassen. Insofern freilich liegt keine Entfremdung Arnolds von sich selbst vor.

Zusammen mit ihm sprach in Essen der frühere Kultusminister von NRW, Schütz, Er lehnte die in der Regierungserklärung Steinhoffs vom 29. Februar abgegebene Versicherung, die Landesregierung werde "den Kirchen als den berufenen Trägern des religiösen Lebens besonderen Schutz und nachhaltige Unterstützung zuteil werden lassen", als unzureichend ab. Er verlangte stattdessen von der Regierung die Anerkennung "einer Fülle weitgehender kulturellen und speziell schulischer Aufgaben, die die Kirchen aus eigenem Recht übernommen" hätten. Diese Forderung, zusammen mit anderen anspruchsvollen Thesen, macht ganz deutlich, von welcher Seite die Auslösung der kulturpolitischen Spannungen zu erwarten ist, die Schütz angeblich fürchtet. Dass die CDU sie nicht wünsche, klingt in diesem Zusammenhang wirklich nicht besonders aufrichtig und überzeugend.

* * *